

2014: Jahr der sozialen Verelendung Verschärfter Klassenkampf von oben Hat Widerstand mit Klassen zu tun?

Klassen-Schichten-Eliten-(Sinus-)Milieus

Multitude-Multiversum-Commons

Bewusstsein-Solidarität-Bewegungen

Mit dem ökonomischen Zusammenbruch der Sowjetunion und der übrigen RGW-Staaten hat sich der Kapitalismus vorerst weltweit durchgesetzt. Die Übernahme der Märkte Osteuropas half, die tendenzielle Überproduktionskrise der kapitalistischen Zentren fast zwei Jahrzehnte lang abzumildern. Doch die Möglichkeiten, die Überproduktion dorthin zu exportieren, haben sich erschöpft.

Das kapitalistische Zentrum USA profitierte davon, dass sich China mit seiner bürokratischen Kommandowirtschaft zunehmend in einen staatlich dirigierte Kapitalismus verwandelte. Große Teile der Produktion für den Massenkonsum in den USA wurden nach China ausgelagert. Damit wurden die Reproduktionskosten für die US-Lohnabhängigen gesenkt. Ihre relative Teilhabe am Konsum wird durch die importierten billigen Konsumwaren gesichert. Auf der anderen Seite konnte die chinesische Regierung aufgrund der höheren Ausbeutung und Profitraten Devisen anhäufen und den USA einen Konsum auf Kredit erlauben.

Seit 2007 erschüttert eine Weltwirtschaftskrise den Kapitalismus, die die Herrschenden nur mit massiven Interventionen des Staats einigermaßen in den Griff bekommen konnten, allerdings auf Kosten einer weiteren Staatsverschuldung. Die direkten Folgen der Krise konnten auf diese Weise aus den Zentren in die Peripherie des kapitalistischen Zentrums EU-Europa und in den Trikont ausgelagert werden.

Aber auch in den kapitalistischen Zentren verschärfen Staat und Kapital den Klassenkampf von oben weiter, was immer breitere und größere Armut und eine fortschreitende Zerstörung der Natur zur Folge hat. Zum Beispiel wird die Energiewende in der BRD, für die es nach der Atomkatastrophe von Fukushima eine kleine Chance gegeben hatte, den Profitinteressen des Kapitals geopfert. Vor allem die Ärmsten werden unter der sich weiter zuspitzenden Klimakatastrophe leiden.

In der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise wurde den meisten Menschen der Kapitalismus als so »alternativlos« in die Köpfe gepresst, dass bis heute der wenn auch teilweise heftige Widerstand vieler Menschen in vielen Teilen der Welt dennoch fast nirgendwo eine systemgefährdende Qualität erreichen konnte.

Die Menschheit spaltet sich ökonomisch in Besitzende und Nichtbesitzende. Dieser Prozess wird vielfältig verschleiert. Das Entscheidende ist der Besitz von Produktionsmitteln, der so groß ist, dass die BesitzerInnen von Produktionsmitteln andere Menschen zur Arbeit für sich zwingen können. Wer mit seinen Produktionsmitteln nur selbst produziert, ist keinE

KapitalistIn und kann auch keineR werden. Kapital kann nicht selbst geschaffen werden, weil es auf der Aneignung unbezahlter fremder Arbeit beruht. Die ursprüngliche Akkumulation war der Start des Kapitalismus. Also Raub und Mord, räuberische Aneignung von Rohstoffen wie in Lateinamerika. Also die Anhäufung von Kapital, aber nicht als Resultat kapitalistischer Produktion. BäuerInnen wurden vom Adel von ihrem Land vertrieben, ihr gemeinschaftlich bearbeiteter Grund und Boden enteignet. Die ursprüngliche Akkumulation beinhaltet die Enteignung der ProduzentInnen früherer Produktionsweisen zum Beispiel durch die Aufhebung der Leibeigenschaft. Diese ihrer Existenzgrundlage beraubten Menschen hatten nur noch die Möglichkeit ihre Arbeitskraft als LohnarbeiterInnen an die ersten Kapitalisten zu verkaufen, um zu überleben. Der Kapitalist bringt die Ware auf den Markt und eignet sich einen Teil des von den LohnarbeiterInnen geschaffenen Wertes an.

Heute zählen auch diejenigen, die zum Beispiel über Aktien vermittelte Verfügungsgewalt über Produktionsmittel besitzen, zu den KapitalistInnen. Auch diejenigen, denen vom Kapital die Aufgabe übertragen wird, in eigener Verantwortung die Produktionsmittel zu verwalten und zu mehren, die leitenden ManagerInnen, können zur besitzenden Klasse gezählt werden. Wer hingegen keine Produktionsmittel besitzt, kann nur als LohnabhängigEr seine bzw. ihre Arbeitskraft auf dem Markt verkaufen.

Die wenigen Einen beuten die so vielen Anderen in zunehmendem Maße aus. Der Reichtum der Einen ist die Armut der Anderen. Auch das ist Ausdruck der grundsätzlich krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus. Der Kapitalismus ist die Krise in Permanenz. Wert schafft nur die lebendige Arbeit, er entspricht der durchschnittlichen gesellschaftlichen Arbeitszeit, die in eine Ware eingeflossen ist.

Das Kapital kann Mehrwert abschöpfen, weil es die Lohnabhängigen länger arbeiten lässt, also mehr Wert schaffen lässt, als es dem Wert der Ware Arbeitskraft entspricht. Der Wert, den der Lohnabhängige für seine Reproduktion bekommt, ist kleiner als der Wert seiner Arbeit, der in Waren steckt, die er produziert hat. Die Reproduktionskosten entsprechen dem Stand der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Weil der Konkurrenzdruck und der Zwang zur Profitmaximierung für das einzelne Kapital die Produktivität der Arbeit durch technische Innovationen insgesamt ständig steigen lässt, sinkt der variable Teil des Kapitals, die Arbeitskraft, in dem der Mehrwert steckt, im Verhältnis zu den eingesetzten Produktionsmitteln – Wissenschaft, Technologie, Maschinen und Rohstoffe –, also zum konstanten Kapital. Das konstante Kapital wird ohne Wertzuwachs auf die produzierten Waren übertragen.

Wenn also durch die technologische Entwicklung der Produktionsmittel weniger Lohnabhängige für die Produktion der Waren gebraucht werden, steckt in den Waren weniger Arbeit. Pro Stück wird also weniger Mehrwert geschaffen, aber die Anzahl, die Masse der Stücke, der Waren steigt. Der Profit pro Stück sinkt bei gleichzeitigem Anstieg der Profitmasse.

Damit die kapitalistische Produktion dann noch profitabel ist, müssen die Löhne gedrückt werden. Dabei gehören ökonomisch betrachtet auch die in sozialen Kämpfen erreichten sogenannten Lohnnebenkosten wie Sozialversicherungsbeiträge zum Lohn, zum Preis der Ware Arbeitskraft. Die in der krisenhaften Situation den (noch) Lohnarbeitenden drohende Arbeitslosigkeit wirkt als perfektes Druckmittel auch auf diese Lohnnebenkosten, da die Lohnabhängigen eben auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind. Hinzu kommt, dass es Staat und Kapital im jahrelangen, auch ideologischen, Klassenkampf von oben gelungen ist, die Gegenmacht, also die unmittelbaren ProduzentInnen, die Klasse der Lohnabhängigen als eine Klasse für sich zu zermürben und zu zerütten. Die

Sozialdemokratie und die sich an sie hängenden Gewerkschaften halfen dabei. Solange das funktioniert, sammelt sich oben weiter der Reichtum, während unten das Elend wächst.

Karl Marx beschrieb dies so: »Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.«

Die Mechanismen der Unterwerfung werden immer weiter verfeinert, um die möglicherweise aufkommende Solidarität im Ansatz zu zerstören. Milieuspezifisch arbeiten Staat und Kapital mit Zwang und Druck in der Arbeitswelt, politischer Repression und Überwachung und mit der Einbindung durch die Ausweitung des Konsumangebotes und Billigkonsum.

Es gibt in der BRD relativ wenige Reiche, aber die, die es gibt, sind besonders reich. Mehr als 150 000 Euro pro Jahr brutto verdienen nur 0,6 Prozent und mehr als 400 000 Euro nur 0,1 Prozent.

Nur 1 Prozent der Steuerpflichtigen verdient mehr als 125 000 Euro brutto im Jahr und gehört damit nach offizieller Lesart zur Oberschicht.

Die mittlere Mittelschicht endet beim Doppelten des Medianeinkommens (des mittleren Einkommens).

Im Jahr 2009 bezogen nur 7 Prozent der Bevölkerung mehr als das Doppelte des mittleren Netto-Einkommens eines 1-Personenhaushalts, also 2836 Euro bis 3266 Euro. Hier beginnt die obere Mittelschicht.

Nur 1,9 Prozent hatten mehr als das Dreifache des Medianeinkommens, also die Oberschicht und etwa das oberste eine Prozent der oberen Mittelschicht.

Nach dem »Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für Deutschland« gilt als armutsgefährdet, wer in der BRD als Single weniger als 980 Euro im Monat netto zur Verfügung hat. Das waren 2012 16,1 Prozent der Bevölkerung. Armutsgefährdet ist nach der EU, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens in seinem Land verdient. Diese Einkommensgrenze »armutsgefährdet« wurde willkürlich so gezogen und hat mit tatsächlicher Armut nichts zu tun. Arme Menschen können weniger teurere Lebensmittel wie frisches Obst und Gemüse verzehren, der daraus folgende Mangel an wichtigen Nährstoffen wird zum Beispiel gar nicht erfasst. Hauptsache, die Menschen haben kein Hungergefühl. Die Menschen sind den allgegenwärtigen Werbebotschaften des kapitalistischen Marktes ausgesetzt und die Erfahrung ständigen Mangels beginnt bereits bei Einkommen über der Grenze »armutsgefährdet«. Der Kontrast zu denjenigen, die sich alles leisten können, wächst ständig.

Das mittlere Einkommen, das Medianeinkommen ist aussagekräftiger als das Durchschnittseinkommen. Denn das Medianeinkommen ist bestimmt durch den Einkommenswert, der die Menge aller Einkommen in genau zwei Hälften teilt, das heißt die Hälfte der Einkommen liegt darüber, die andere Hälfte darunter. Es wird der hohen Anzahl niedriger Einkommen eher gerecht als das Durchschnittseinkommen. Im Jahr 2011 betrug das Medianeinkommen monatlich 1633 Euro netto. Hier ist die Grundlage das sozioökonomische Panel (SOEP), eine Mikrodatenlangzeituntersuchung von ca. 20 000 Menschen in ca. 11- bis 15 000 Haushalten. Hier wird das Wohnungseigentum in die Einkommensberechnung einbezogen. Nimmt mensch stattdessen eine repräsentative Mikrozensus-Befragung des Statistischen

Bundesamtes als statistische Grundlage, ergibt sich für das Jahr 2011 nur ein Medianeinkommen von monatlich 1413 Euro.

2007 besaßen die oberen 10 Prozent der Haushalte mehr als 57 Prozent des Nettovermögens, wohingegen die unteren 50 Prozent der Haushalte gerade einmal 1,2 Prozent des Nettovermögens hatten.

Das Gesamtnettovermögen betrug 2007 6,6 Billionen Euro. Gemäß einer von der Bundesbank zwischen September 2010 und Juli 2011 durchgeführten Befragung besaßen die reichsten 10 Prozent nun schon 59,2 Prozent des Nettovermögens aller Haushalte.

Das Geldvermögen der Haushalte in der BRD erreichte 2012 mit 4,811 Milliarden Euro seinen bisher höchsten Stand.

27 Prozent der Bevölkerung haben gar nichts an Vermögen, viele von ihnen Schulden. Das, was ein großer Teil der anderen 63 Prozent hat, verdient den Namen Vermögen nicht, sondern kann allenfalls als eine Art Elendsrücklage verstanden werden.

Ungeachtet der Weltwirtschaftskrise ist die Zahl der MilliardärInnen in der BRD zwischen 2004 und 2012 um fast die Hälfte von 80 auf 115 gestiegen. Die 500 reichsten Deutschen haben ein Gesamtvermögen von gut 500 Milliarden Euro.

Zwischen 1987 und 1995 lag das Einkommen der SpitzenmanagerInnen etwa beim 14-fachen dessen, was die Lohnarbeitenden in den von ihnen geleiteten Betrieben und Konzernen bekamen. Bis 2011 stieg dieser Wert auf das 54-fache.

Im Zusammenhang mit der sozialen Ungleichheit wird auch der problematische Begriff der sogenannten Eliten verwendet. Er ist ein Begriff zur Selbststilisierung der Angehörigen der Oberschicht und soll suggerieren, dass es sich bei diesen Menschen um für das gesellschaftliche Leben besonders bedeutungsvolle Persönlichkeiten handelt, die Funktionen erfüllen, die andere nicht erfüllen könnten. Zu diesen zählen Menschen, die ein hohes Einkommen und einen mindestens vermeintlich großen gesellschaftlichen Einfluss haben. Dabei kann auch der Eindruck entstehen, es käme nicht darauf an, welche Stellung im Produktionsprozess die Zugehörigkeit zur Oberschicht begründet. Dabei stünde dann ein Hochschulprofessor möglicherweise auf der gleichen Stufe wie ein Konzernchef.

Untersuchungen zeigen jedoch, dass sich gerade diejenigen jungen Menschen, die aus Familien des GroßbürgerInnentums mit Privateigentum an Produktionsmitteln kommen, sich in der Regel für Hochschulausbildungen und für Berufe entscheiden, die dafür geeignet sind, den Produktionsprozess zu befehligen. Der Grund dafür ist, dass mit dieser Entscheidung die Verfügungsmöglichkeit über materielle Machtmittel verbunden ist, die eine wirkliche Einflussmöglichkeit erst begründen.

Die vermeintlichen gesellschaftlichen Eliten greifen zunehmend auf Wertvorstellungen des Adels zurück, als wären die ein Kompass für das gehobene BürgerInnentum, das sich von den Normalmenschen abheben will.

Von den für die Zugehörigkeit zur sogenannten Elite ausschlaggebenden 999 höchsten gesellschaftlichen Positionen befinden sich etwa 436 in der kapitalistischen Wirtschaft und 403 im Bereich der Handlager des Kapitals, beim ideellen Gesamtkapitalisten, beim Staat.

In der kapitalistischen Wirtschaft handelt es sich um die Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden, Geschäftsführer, geschäftsführenden Gesellschafter, Beiratsvorsitzenden oder

Sprecher von Gesellschafter- oder Stiftungsausschüssen der von der FAZ aufgeführten 100 größten deutschen Konzerne. Hinzu kommen die Präsidenten- und Vizepräsidenten der drei größten Kapitalvertreterverbände, des Bund Deutscher Arbeitgeber (BDA), des Bund Deutscher Industrie (BDI) und des Deutschen Industrie und Handelskammertags (DIHK).

Die höchsten staatlichen Positionen verteilen sich auf die Bereiche Politik, Verwaltung, Justiz und Militär. In der Politik sind es die Angehörigen der Bundesregierung und die wichtigsten Regierungsangehörigen der Bundesländer, der Bundespräsident, die parlamentarischen StaatssekretärInnen auf Bundesebene, der Bundestagspräsident, die Fraktions- und Ausschussvorsitzenden des Bundestags, die parlamentarischen GeschäftsführerInnen der Bundestagsfraktionen und die Vorsitzenden sowie Generalsekretäre bzw. BundesgeschäftsführerInnen der im Bundestag vertretenen Parteien.

In der Verwaltung zählen die beamteten Staatssekretäre, die AbteilungsleiterInnen der Bundesministerien und die Präsidenten der 26 größten und wichtigsten Bundesoberbehörden dazu. In der Justiz sind es die Präsidenten, Vizepräsidenten und vorsitzenden RichterInnen der Senate an den Bundesgerichten sowie der Generalbundesanwalt. Beim Militär werden der Generalinspekteur der Bundeswehr und sein Stellvertreter sowie die Inspektoren der einzelnen Waffengattungen und ihre Stellvertreter, die Befehlshaber bzw. Stabschefs der einzelnen Kommandos und der zentralen Einsatzkräfte dazugezählt.

Nachgeordnet, das heißt nicht dem Staat oder dem Kapital zugehörig, gehören auch die InhaberInnen der 47 höchsten Positionen in den Medien, der 56 höchsten Positionen im Wissenschaftsbetrieb, der 17 höchsten Positionen in den Gewerkschaften, der 15 höchsten Positionen in der evangelischen und katholischen Kirche sowie der 25 höchsten Positionen in den NGOs dazu.

Dabei ist der tatsächliche Einfluss, den die Angehörigen dieser oberen 1000 auf die gesellschaftliche Entwicklung haben, höchst unterschiedlich und zum Teil von starken gegenseitigen Abhängigkeiten geprägt wie zum Beispiel im Fall von Medien und Politik. Eine Überschneidung dieser sogenannten Eliten mit der herrschenden Klasse der KapitalistInnen gibt es nur im Bereich der sogenannten Wirtschaft. Außerhalb dieses Bereichs lenkt der Blick auf die vermeintlich höchsten gesellschaftlichen Positionen von den wirklichen Machtverhältnissen stärker ab, als er zu deren Erhellung zu gebrauchen wäre.

Im Unterschied zum vielfach verstellten Bewusstsein der Beherrschten, ist die herrschende Klasse sich dessen höchst bewusst, dass sie im Klassenkampf die Lohnabhängigen ausbeutet und unterdrückt.

»Der Multimilliardär Warren Buffett sagte zwei Jahre vor der Weltwirtschaftskrise zur New York Times: »Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.«

Der wachsende Anteil der Wissenschaft bei der Entwicklung der Produktivkräfte und bei der Entwicklung neuer Produkte, spielt denen in die Hände, die mit dem Begriff der »Dienstleistungsgesellschaft« suggerieren wollen, die wertschöpfende Arbeit könnte ihre Bedeutung im Kapitalismus verlieren und der sich daher womöglich von selbst auflösen. Real daran ist, dass die lebendige Arbeit an Wert verliert, wenn sie im automatisierten Produktionsprozess durch Maschinen ersetzt werden kann.

Tendenziell ist es durch den technologischen Fortschritt nicht mehr notwendig, dass Menschen in der Fabrik arbeiten. Auch im Bereich der Reproduktion übernehmen zunehmend Maschinen unangenehme und anstrengende Arbeiten. Gesamtgesellschaftlich

steht mehr Arbeit dafür zur Verfügung, Dienst am Menschen zu leisten. So können diejenigen, die im Produktionsprozess in gehobener Stellung sind, im Reproduktionsbereich schlecht bezahlte DienstbotInnen für sich arbeiten lassen.

Vielfach werden auch Arbeiten, die zum Produktionsprozess gehören, als solche nicht wahrgenommen, weil sie vermeintlich in der Sphäre der Zirkulation, dem Weg von der Ware zum Geld und vom Geld zur Ware, stattfinden, also dort, wo der Mehrwert nur realisiert, aber nicht geschaffen wird. Schon Marx hat zu diesem Missverständnis im Zusammenhang mit der Transportindustrie Stellung genommen: »Produktmassen vermehren sich nicht durch ihren Transport [...]. Aber der Gebrauchswert von Dingen verwirklicht sich nur in ihrer Konsumtion, und ihre Konsumtion mag ihre Ortsveränderung nötig machen, also den zusätzlichen Produktionsprozeß der Transportindustrie. Das in dieser angelegte produktive Kapital setzt also den transportierten Produkten Wert zu, teils durch Wertübertragung von den Transportmitteln, teils durch Wertzusatz vermittelt der Transportarbeit. Dieser letztere Wertzusatz zerfällt, wie bei aller kapitalistischen Produktion, in Ersatz von Arbeitslohn und in Mehrwert.« Sein Fazit: »Die Transportindustrie bildet einerseits einen selbständigen Produktionszweig, und daher eine besondere Anlagesphäre des produktiven Kapitals. Andererseits unterscheidet sie sich dadurch, daß sie als Fortdauer eines Produktionsprozesses *innerhalb* des Zirkulationsprozesses und *für* den Zirkulationsprozeß erscheint.«

Durch die Entwicklung der Produktivkräfte entsteht nicht etwas qualitativ Neues, das den wertschöpfenden Prozess in der Produktion ablöst, sondern eine quantitative Zunahme der Entwicklungsarbeit in der kapitalistischen Produktion und eine heute damit einhergehende tendenzielle Verlagerung der menschlichen Arbeit an der Maschine in die sich kapitalistisch entwickelnde Peripherie, zum Beispiel nach China. Denn auch die im Vorhinein geleistete entwerfende, konstruierende Kopfarbeit der sogenannten Intelligenz ist Arbeit, die Wert schafft. Das Resultat der Kopfarbeit dient als Produktionsmittel, dessen Wert später in der industriellen Produktion Stück für Stück auf die Waren übertragen wird, auch wenn die AkteurInnen nicht direkt in der Fabrik arbeiten.

Nach wie vor werden die Blaupausen und Baupläne industrieller Erzeugnisse vom produktiven Kapital in den kapitalistischen Zentren entwickelt. Etwa bei der Computerchip-Produktion wird lediglich die Umsetzung dem produktiven Kapital in bestimmten Ländern der Peripherie überlassen. Auch wenn das Kapital dort in bereits entwickelten Technologiefeldern eine eigene Produktion starten kann, handelt es sich nur um eine bestimmte Phase des immer wiederkehrenden Prozesses, in dem die Vorgaben für neue Produkte aufgrund des technologischen Vorsprungs in den kapitalistischen Zentren entwickelt werden.

Die Verwissenschaftlichung, der zunehmende Einfluss von Kopfarbeit muss als Veränderung der Voraussetzung, dass wertschöpfende Arbeit überhaupt stattfinden kann, verstanden werden.

Nach der Phase des sogenannten Fordismus bzw. der industriellen Massenproduktion mit Fließbandarbeit, und einer damit verbundenen zunehmenden Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsweise, hat sich eine weltweite Gesamtarbeit entwickelt, in der es eine industrielle Arbeitsteilung zwischen Peripherie und Zentren gibt. Gegen die kapitalistischen Zentren können sich die aufstrebenden Kapitale in bestimmten Ländern der Peripherie auf dem Weltmarkt mindestens bisher nicht durchsetzen.

Es herrscht eine internationale Hierarchie der Produktionsstandorte, innerhalb derer das Kapital aus den Zentren die Preise bestimmt. Vermittelt über die unterschiedlichen Währungen, steckt in den Waren aus der Peripherie insgesamt mehr lebendige Arbeit als in den dort dafür eingetauschten Waren aus den Zentren. Das Kapital des Zentrums kann hier

vermittelt wesentlich über die Währung einen Surplusprofit realisieren, auch weil es im Gegensatz zum Kapital der Peripherie eine monopolartige Stellung hat. Die Peripherie muss die Waren unter ihrem Wert verkaufen, das Zentrum kann seine Ware über ihrem Wert verkaufen. Im Resultat hemmt das die Akkumulation von Kapital und die Peripherie muss innerhalb der gesamtcapitalistischen Produktion der Gesamtentwicklung immer hinterherlaufen.

In den kapitalistischen Zentren schlägt sich die internationale Arbeitsteilung hauptsächlich im Vorhandensein einer ausgeprägten Arbeiterintelligenz nieder. Daher rührt die Illusion, die Handarbeit habe ihre Bedeutung verloren.

Mit der höheren Eigenverantwortung, die mit einer Vereinzelung im Arbeitsprozess einhergeht, verliert es für die Arbeiterintelligenz an Bedeutung, im Arbeitsprozess miteinander solidarisch zu sein. Dazu kommen Methoden zur gegenseitigen Kontrolle, wie sie zum Beispiel mit der Gruppenarbeit bei VW entwickelt wurden.

Die Bedingungen des sich Wehrens gegen unerträgliche Verhältnisse verändern sich. Das Band steht nicht mehr still, nur weil einer oder ein paar nicht mehr mitmachen wollen. So lässt sich Solidarität untergraben oder ausschließen.

Der Fortschritt der Produktivkräfte brachte die Zersplitterung der Arbeiter- und Arbeiterinnenklasse und ihre teilweise Verdrängung aus der Fabrik. Die klassische FacharbeiterInnenenschaft in den Fabriken verlor zunehmend ihre Bedeutung für organisierte Arbeitskämpfe. Lohnabhängige erlebten ihre soziale Lage immer weniger als eine gemeinsame. Dass der Arbeitsprozess in den Zentren nicht mehr durchgängig fabrikmäßig organisiert ist, führt auch zur Zersplitterung des Bewusstseins der Angehörigen der ArbeiterInnenklasse und materiell zu einer immer stärkeren Schichtung dieser Klasse. So wurde die ArbeiterInnenklasse entpolitisiert und im subjektiven Bewusstsein zerstört. Die Gewerkschaften verloren an Bedeutung, weil sie immer stärker als InteressensvertreterInnen des Kapitals agierten und nicht mehr als Interessensvertretung der Lohnabhängigen. Heute versucht der linke Flügel der Gewerkschaften mit Aktionsformen, die er von der außerparlamentarischen Bewegung übernommen hat, Anschluss an die Bedürfnisse der Lohnarbeitenden zu finden.

Die Massenproduktion ermöglichte in einer bestimmten Phase des Kapitalismus die relative Teilhabe größerer Bevölkerungsteile am Konsum, was für die Kapitalakkumulation eine besondere Rolle spielte und zugleich die Kampfbereitschaft der Lohnarbeitenden schwächte. Es gelang, Bedürfnisse zu wecken, die sich auf den Konsum von Massenartikeln richteten und diese durch Änderungen der Erscheinung der Konsumgüter oder ihrer technischen Qualität immer wieder neu zu stimulieren. Die Möglichkeit zur Befriedigung neu geschaffener Bedürfnisse verstärkte die Anpassung der Lohnabhängigen. Der Kapitalismus schien für viele seinen Schrecken verloren zu haben. Die Zumutungen in der Lohnarbeit schienen durch Freizeitangebote und Konsum kompensiert werden zu können. Für den schlimmsten Fall, Krankheit oder Arbeitslosigkeit, gab es soziale Sicherungssysteme, die einerseits erkämpft und andererseits der Systemkonkurrenz zur Sowjetunion und den mit ihr verbündeten RGW-Staaten geschuldet war.

Soziale Kämpfe verlagerten sich in den Bereich der Reproduktion, in der sich die zerstörerische Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise zum Beispiel durch die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen entfaltete. Diesen Zusammenhang des kapitalistischen Ausbeutungsmechanismus mit dem Zwang zur Konkurrenz und Profitmaximierung durchschaute innerhalb der sozialen Bewegungen bisher immer nur eine Minderheit.

Zwar blieb für die Lohnabhängigen die objektive Notwendigkeit, gemeinsam zu kämpfen, subjektiv aber war eine angemessene Reaktion solidarischen Handelns in der Regel nicht mehr möglich. Die Lohnabhängigen ergaben sich mehr und mehr der Sozialpartnerschaftsideologie, die vorgab, nur durch den Verzicht vieler Lohnabhängiger könnten nationales Kapital und Arbeit gemeinsam überleben.

Antikapitalistischer Widerstand in der Fabrik ist in den kapitalistischen Zentren und Teilen der Peripherie zurzeit nur noch punktuell möglich. Die Atomisierung, die Vereinzelung der Menschen und die Zersetzung ihres kollektiven Bewusstseins in der Lohnarbeit, wirkt auch in den Reproduktionsbereich hinein. Solidarisches Handeln muss vielfach erst wieder erlernt und zusammengeführt werden, wofür es der Organisierung bedarf.

In Konzernen, die als Aktiengesellschaft organisiert sind, tritt der Manager an die Stelle des Kapitalisten, und die Sichtbarkeit des Ausbeuters verschwindet. Oft ist es für die Unzufriedenheit der Lohnabhängigen wesentlicher, dass ein Kollege oder eine Kollegin mehr verdient als er oder sie selbst, als es der extreme Unterschied des eigenen Einkommens im Vergleich zu den Einkommen der Oberschicht ist.

Sofern diese Unterschiede überhaupt wahrgenommen werden, glauben die Menschen, dass die Auseinandersetzung zwischen Menschen aus verschiedenen Schichten wesentlicher ist als eine Auseinandersetzung mit dem Klassengegner. Die in der Gesellschaft feststellbare soziale Schichtung kann nicht als Ersatz für das Klassenmodell dienen. Im von der bürgerlichen Soziologie vertretenen Modell der Schichten verschwindet die Ausbeutung hinter einer reinen Beschreibung des Oben und Unten. Die Schichtung überdeckt und federt den antagonistischen Klassengegensatz von Lohnabhängigen und KapitalvertreterInnen ab. Das Wissen, dass die Klassenzugehörigkeit die Lebenschancen verbessert oder verschlechtert, geht zunehmend verloren.

(Schein)selbstständige, die im Dienstleistungsbereich arbeiten, haben und vermitteln anderen den Eindruck, dass jede/r sein/ihr eigener Produzent/Produzentin sein könne, wenn man/frau nur wolle. Sie erklären sich und ihrer Umwelt, dass ihr ausgelagertes Arbeitsverhältnis Vorteile bringt, weil sie angeblich frei über ihre Arbeitszeit verfügen können. Hier handelt es sich um eine Kompensation im Bewusstsein dessen, dass sie je nach Bedarf des Kapitals eine flexible, variable Verfügungsmasse an Arbeitskraft darstellen, die nicht bezahlt werden muss, wenn für sie zeitweise keine Verwertungsmöglichkeit im Produktionsprozess besteht.

Die Scheinselbstständigkeit zieht eine Bewusstseinsänderung nach sich, die viele Menschen an ihre angebliche Selbstständigkeit glauben lässt, auch wenn sie real den Vorgaben ihrer AuftraggeberInnen vollständig unterworfen sind.

Erst wer nicht mehr im Produktionsprozess selbst Hand anlegen muss, ist der Marxschen Analyse zufolge Kapitalist. Wer in einem Kleinbetrieb noch selbst mitarbeitet, ist, auch wenn er ihm oder ihr gehört und andere für ihn oder sie arbeiten, »nur ein Mittelding zwischen Kapitalist und Arbeiter, ein ›kleiner Meister‹.«

Die Sinus Sozial- und Marktforschung GmbH aus Heidelberg führt seit den siebziger Jahren Untersuchungen und Befragungen durch, nach denen sie die Bevölkerung unterschiedlichen Milieus unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit und orientiert an ökonomischen Interessen zuordnet. Dabei sind zwei Achsen entscheidend. Auf einer senkrechten Achse wird eingetragen, welcher Schicht die Menschen angehören. Kriterien dafür sind Bildung, Einkommen und Berufsgruppe. Auf der waagerechten Achse findet die Einteilung danach statt, wie neu die von den jeweiligen Menschen vertretenen Ideen und Konzepte zu sein

scheinen. In der Zusammenschau der beiden Achsen sollen sich zurzeit 10 Milieus ergeben, die aus der Verbindung der sozialen Lage und der Lebensorientierung der Betroffenen resultieren und denen damit scheinbar zusammenhängende spezifische Lebensstile zugeordnet werden. Die Milieus überlappen sich an den Rändern.

Die Namen der Sinus-Milieus sollen auf den mit der sozialen Position verbundenen Lebensstil hinweisen. Dabei beruht die Benennung auf einem systemimmanenten Vergleich der Positionen und Chancen, die die Angehörigen der verschiedenen Milieus haben.

Zu den sogenannten sozial gehobenen Milieus gehören hier die Konservativ-Etablierten, die Liberal-Intellektuellen, die Performer und die Expeditiven.

Die Konservativ-Etablierten sind das klassische Establishment, das gesellschaftlich am liebsten alles so lassen würde wie es ist. Sie beanspruchen für sich sogenannte Führungspositionen, drängen sich aber nicht in den Vordergrund der medialen Öffentlichkeit. Ihr Anteil an der Bevölkerung beträgt 10 Prozent. In der gesellschaftlichen Schichtung der Gesellschaft befinden sich etwa 1,75 Prozent über ihnen und 58 Prozent unter ihnen.

Das Liberal-intellektuelle Milieu besteht aus Menschen mit hoher Bildung, die bei ihnen auch ein gewisses aufgeklärtes Bewusstsein erzeugte und postmaterielle Überzeugungen erlaubt. Sie können es sich ökonomisch leisten liberal zu sein. Sie haben einen Bevölkerungsanteil von 7 Prozent und gehören zu den oberen 25 Prozent der Gesellschaft.

Die Performer sind oder streben nach ganz oben. Ein Mittel dazu sind Bildung und ein affirmatives Verhältnis zu technischen Entwicklungen, insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie. 7 Prozent der Bevölkerung zählen zu ihnen. Sie sind Teil der oberen 29 Prozent der Gesellschaft.

Noch etwas unkonventioneller, avantgardistischer und dabei besonders individualistisch, aber materiell weniger abgesichert als die Performer, sind die Expeditiven. Sie sind diejenigen, die sich zu Expeditionen im Sinn von gesellschaftlichen Erkundungsabenteuern aufmachen. Sie suchen nach Veränderung, wollen Grenzen überwinden. Sie sind das neueste und mit 6 Prozent Bevölkerungsanteil das kleinste Milieu im Sinus-Modell. In diesem Milieu bewegen sich viele der Menschen, die im gesellschaftlichen Vergleich am stärksten digital vernetzt sind. In der sozialen Schichtung stehen 7,5 Prozent der Bevölkerung über ihnen, 57 Prozent gehören niedrigeren Schichten an als sie.

Die Milieus der Sinus-Mitte bestehen aus der Bürgerlichen Mitte, dem Adaptiv-pragmatischen Milieu und dem Sozialökologischen Milieu.

Die Bürgerliche Mitte ist der leistungs- und anpassungsbereite Mainstream der Gesellschaft. Sie hat die bestehende gesellschaftliche Ordnung verinnerlicht, strebt nach Sicherheit und Harmonie und danach beruflich und sozial etabliert zu sein. Sie will das Erreichte nicht verlieren und gehört mit 14 Prozent Bevölkerungsanteil zu den drei größten Milieus. Nach oben hat die Bürgerliche Mitte eine kleine Überschneidung mit den Konservativ-etablierten und dem Sozialökologischen Milieu, nach unten mit dem sogenannten Prekären Milieu. Die Position zwischen der oberen Mittelschicht und der Unterschicht mag ihre Abstiegsängste und die Frustration über einen misslungenen Aufstieg erklären.

Zur Bürgerlichen Mitte gehören Lohnabhängige, denen Staat und Kapital vor allem in der Vergangenheit eine gewisse Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum für ihre Anpassungsleistung gestattet haben. Hinzu kommen Menschen, die in Kleinbetrieben selbstständig arbeiten. In ihrem Kern ist die Bürgerliche Mitte ein proletarisches Milieu ohne

proletarisches Bewusstsein und kann teilweise zum KleinbürgerInnenstum gezählt werden. 24 Prozent der Bevölkerung liegen über den Angehörigen der Bürgerlichen Mitte, 16 Prozent gehören einer niedrigeren Schicht an als sie.

Die Adaptiv-pragmatischen sind die sogenannte zielstrebige junge Mitte der Gesellschaft mit ausgeprägtem Lebenspragmatismus, für die der persönliche Nutzen ihres Handelns im Vordergrund steht. Sie ist erfolgsorientiert und kompromissbereit und die jüngere Entsprechung zur Bürgerlichen Mitte. Ihre materiellen, hedonistischen Bedürfnisse versuchen ihre Angehörigen damit zu befriedigen, dass sie sich den gesellschaftlich vorherrschenden Konventionen unterwerfen. Ihrem Sicherheitsbedürfnis werden sie dadurch gerecht, dass sie ideologisch nicht festgelegt sind und bereit sind, flexibel auf die an sie gestellten Anforderungen zu reagieren und sich anzupassen. Ihr Bevölkerungsanteil liegt bei 9 Prozent. 24 Prozent der Bevölkerung sind über ihnen, unter ihnen in der sozialen Hierarchie sind 29 Prozent.

Das Sozialökologische Milieu besteht unter anderem aus angepassten 68ern mit einem Rest an kritischem Bewusstsein und aus Menschen, die sich ein kritisches, soziales und ökologisches Denken bewahrt haben oder es im Fall der jüngeren Generation neu entwickelt haben. Die Angehörigen des Sozialökologischen Milieus haben klare Wertvorstellungen, sind zum Teil kapitalismuskritisch, versuchen politisch korrekt zu sein und schätzen eine gesellschaftliche Vielfalt. Sie sind ursprünglich stark von der Moderne im Sinn einer aufklärerischen Entwicklung geprägt, Fortschritt ist für sie eng mit einer realen Verbesserung der Lebensverhältnisse verbunden, mindestens teilweise auch über den eigenen Tellerrand hinaus. Der Anpassungsprozess, die gesellschaftliche Konterrevolution der letzten Jahrzehnte ist auch an diesem Milieu nicht spurlos vorbeigegangen. Mit 7 Prozent Bevölkerungsanteil gehören die Sozialökologischen zu den vier kleinsten Milieus. In der sozialen Schichtung bewegen sie sich zwischen 11 Prozent, die über diesem Milieu stehen, und 53 Prozent der Bevölkerung, die zu niedrigeren Schichten gehören.

Die untere Mitte und die Unterschicht bestehen aus dem Traditionellen Milieu, dem Prekären Milieu und dem Hedonistischen Milieu.

Das Traditionelle Milieu reicht nach oben bis in die mittlere Mittelschicht hinein. Gemeinsam haben die Angehörigen dieses Milieus, dass sie von der Nachkriegszeit geprägt sind. Hier unterscheidet die Sinus-Studie nicht zwischen dem noch eher klassenkämpferischen Selbstverständnis derer, die noch der traditionellen ArbeiterInnenkultur verpflichtet sind und denen, die sich mit ihrer kleinbürgerlichen Haltung eher am BürgerInnenstum, zu dem sie nie gehören werden, orientieren. Mit 15 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung bilden die Traditionellen eines der beiden größten Milieus. 33 Prozent der Bevölkerung sind über diesem Milieu, 3 Prozent darunter.

Das sogenannte Prekäre Milieu liegt in der Unterschicht. Viele von denen, die gesellschaftlich ganz unten, abgehängt, besonders benachteiligt, am wenigsten gebildet und am ärmsten sind, gehören dazu. Sie gehören zum Subproletariat mit wenig oder keinen Chancen und orientieren sich in ihren Konsumwünschen an der Mittelschicht. Konsum dient da, wo er überhaupt möglich ist, als Kompensation für die Frustration, die die Menschen in diesem Milieu erleiden. Das Milieu ist Teil der untersten 25 Prozent in der sozialen Schichtung.

Der Begriff des Prekären Milieus oder der in linken Kreisen verwendete des Prekariats oder gar der Prekären ist ein untauglicher Versuch, den Begriff der Unterschicht zu vermeiden, der häufig als diskriminierend angesehen wird. Gerade dieser neue Begriff trägt aber dazu bei, die herrschaftlichen Verhältnisse zu verschleiern. Nur wer die Verhältnisse nicht antasten will, hat ein Interesse daran, das Unten nicht klar zu benennen, das ja Folge von Ausbeutung

und Unterdrückung ist. Staat und Kapital haben es erfolgreich in die Köpfe der Menschen gepflanzt, dass Armut ein Stigma des oder der Einzelnen sei und Ausdruck ihres persönlichen Versagens. Befragungen von Betroffenen zeigen, dass sich diese, was ihre materielle Situation angeht, in der Regel deutlich höher einschätzen, als ihr Platz in der sozialen Schichtung in Wirklichkeit liegt. Niemand will unten sein, der Begriff einer unteren Klasse wird ausgelöscht. Die Kategorie Prekäre aber ist diskriminierend im Gegensatz zum Begriff Unterschicht. Sie geht auch von defizitären Menschen aus.

Spaß- und erlebnisorientierte Menschen mit unkonventionellen Anschauungen und Lebensweisen, die sich Konventionen, Verhaltenserwartungen und einem Leistungsstreben verweigern, bilden das Hedonistische Milieu. Wenn HedonistInnen der Unterschicht angehören, dann deswegen, weil der von ihnen erreichte Grad an Bildung und Einkommen und ihr beruflicher Status aufgrund ihrer mangelnden Anpassungsbereitschaft an die herrschenden Verhältnisse relativ niedrig ist und sie aus keiner familiären Ressource schöpfen können, wie es bessergestellte Angehörige dieses Milieus und Teile der Expeditiven können. Die HedonistInnen umfassen wie die ihnen in der Lebensauffassung entgegenstehenden Traditionellen 15 Prozent Anteil an der Bevölkerung. 2,5 Prozent der Bevölkerung stehen niedriger in der sozialen Schichtung als die Angehörigen des hedonistischen Milieus, 38 Prozent der Bevölkerung stehen über dem Hedonistischen Milieu.

In den Milieus spiegelt sich die Entpolitisierung der Gesellschaft wider, verstanden als Preisgabe des Klassenkampfes von unten. Diejenigen Milieus, die prädestiniert dafür wären, für eine gesamtgesellschaftliche Veränderung zu kämpfen, sind zu sehr auf sich selbst bezogen. Die HedonistInnen sind auf ihren eigenen Genuss und die unmittelbare Lustbefriedigung fixiert, ohne sich überanstrengen zu wollen. Die Adaptiv-pragmatischen passen sich den Verhältnissen flexibel an, um ihre Bedürfnisse nach einer relativen Beteiligung am Konsum und am gesellschaftlichen Status für sich selbst zu verwirklichen und die Expeditiven setzen ihren Status, ihre Risikobereitschaft und ihre materiellen Voraussetzungen dafür ein, möglichst persönlich weit nach oben zu kommen und innerhalb des Bestehenden ein möglichst interessantes, aufregendes Leben zu führen.

Das systemkritische Potenzial der meisten Angehörigen des Sozialökologischen Milieus wurde in einem jahrzehntelangen Anpassungsprozess geschliffen. Sozialrevolutionäre Anteile wurden fast vollständig durch den Anspruch verdrängt, sich vorwiegend oder gar ausschließlich für die Verbesserung der eigenen Lebensverhältnisse und des eigenen Umfelds einzusetzen.

Die sogenannten postmodernen Milieus der PerformerInnen, Expeditiven, Adaptiv-pragmatischen und HedonistInnen sind überwiegend von einer politischen Orientierungslosigkeit geprägt. Diese Orientierungslosigkeit entspricht der Beliebigkeit der Ideologie der Postmoderne, in der es angeblich keine Gewissheiten mehr gibt.

Obwohl es Milieus an der Oberfläche gibt, die so wie in den Sinus-Studien beschrieben werden können, bleibt der tiefere Klassengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital der bestimmende Widerspruch im Kapitalismus. Gerade die Strategien, mit denen Menschen ihre Lebensstile verwirklichen oder verwirklichen wollen, verweisen darauf, dass sie es aus ihrer sozialen Positionierung zwischen oben und unten heraus tun. Weil insgesamt eine massenwirksame emanzipatorische Perspektive fehlt, wirkt das sie umgebende soziale Oben und Unten fast übermächtig und, je nach Wertvorstellungen der Betroffenen, als Druckmittel, als Ansporn oder als Faktor der Resignation.

Weil sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte in den kapitalistischen Zentren solche vielfältigen Milieus gebildet haben, ist es heute so schwierig, dass die Klasse der

Lohnabhängigen ein Bewusstsein über sich selbst als Klasse wiedererlangt. Für die Anfangsphase des Kapitalismus hatte Marx das so beschrieben: »Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. [Im] Kampf [...] findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.«

In Wirklichkeit sind es keine eigenständigen Schichten oder Milieus, die die ArbeiterInnenklasse abgelöst hätten, sondern verschiedene Segmente der Klasse der Lohnabhängigen. Die Lohnabhängigen befinden sich mit fließenden Übergängen an bestimmten gesellschaftlichen Stellen in einem spezifischen Verhältnis zum wertschaffenden Prozess. Oder sie sind, sofern sie zur Oberschicht gehören, in Positionen, in denen sie parasitär an der Abschöpfung der von anderen geschaffenen Werte durch das Kapital teilhaben können.

Auch die Individualisierung der Lebensstile hat die Entwicklung der Produktivkräfte als Basis. Dazu gehört, dass der eigene Computer als Produktionsmittel verwendet werden kann. Die Flexibilisierung der Produktion durch die Mikroelektronik setzt sich in einer vorgespiegelten Möglichkeit zur Individualität fort, die nur Fassade ist. Das Individuum kann sich aufgrund der Vielfältigkeit der Produkte äußerlich eine Einzigartigkeit zuschreiben bzw. sich individuell ausstaffieren.

Was sich als Wert des Individuums und seiner Einzigartigkeit in der bürgerlichen Aufklärung in einem langen Kampf gegen Adel und Klerus herausgebildet hat, ist umgeschlagen in eine (reaktionäre) Vielfalt der oberflächlichen individuellen Abgrenzung gegen alle anderen.

Weil die errungene Freiheit nicht im Kern, in der ökonomischen Sphäre, durchgesetzt wurde, sondern wenn überhaupt nur individuelle, politische Freiheiten umfasst, schlägt sie um in Entsolidarisierung. Soziale Gleichheit wird nicht als unbedingte Voraussetzung individueller Entfaltung verstanden.

Flankiert wird dieser Prozess durch eine Ideologieproduktion von Staat und Kapital, die hemmt oder verhindert, dass die Unterdrückten zusammenkommen. Die IdeologInnen der herrschenden Verhältnisse spalten erfolgreich mit der Behauptung, der individuelle Erfolg oder Misserfolg eines Menschen innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse hänge von seinen Fähigkeiten und seiner Leistungsbereitschaft ab. Unter dem Motto »jeder ist seines Glückes Schmied« führt das zu Ellenbogenmentalität der Unterdrückten untereinander, wobei Glück und Freiheit weitgehend mit Konsum und Urlaub gleichgesetzt werden.

Es existiert die Freiheit des Geldes, die Losung dieser miserablen Freiheit lautet »Bereichert euch!«

Der objektive Prozess der Ausbeutung und Unterdrückung ruft nicht automatisch ein subjektives Bewusstsein über ihn hervor, weil es Gegenkräfte gibt, die für die Einbindung ins Bestehende arbeiten.

Im herrschenden System wird auch eine Schicht bzw. es werden Milieus gebraucht, die kaufen, was an Konsumgütern produziert wird. Es ist also notwendig, Konsum zu ermöglichen. Einem Teil der Lohnabhängigen wird ein mit Konsummöglichkeiten verbundener materieller Aufstieg ermöglicht.

Über die Situation der Lohnabhängigen in solchen im Kapitalismus seltenen Phasen, in denen die Akkumulation des Kapitals ohne Stocken funktioniert, schreibt Karl Marx: »Von ihrem eignen anschwellenden und schwellend in Zusatzkapital verwandelten Mehrprodukt strömt ihnen ein größerer Teil in Form von Zahlungsmitteln zurück, so daß sie den Kreis ihrer Genüsse erweitern, ihren Konsumtionsfonds von Kleidern, Möbeln usw. besser ausstatten und kleine Reservfonds von Geld bilden können. So wenig aber bessere Kleidung, Nahrung, Behandlung und ein größeres Peculium das Abhängigkeitsverhältnis und die Exploitation des Sklaven aufheben, so wenig die des Lohnarbeiters. Steigender Preis der Arbeit infolge der Akkumulation des Kapitals besagt in der Tat nur, daß der Umfang und die Wucht der goldnen Kette, die der Lohnarbeiter sich selbst bereits geschmiedet hat, ihre losere Spannung erlauben.«

Für die, die weniger haben, gibt es als Kompensation in Discountern wie KiK oder Primark Billigwaren, die den Waren im Warenhaus oder im Fachgeschäft ähneln, in denen aber im Schnitt häufiger giftige und minderwertige Stoffe stecken.

Trotz der düsteren Analyse ist nicht alles verloren. Der Ausbeutungsmechanismus ist durch die ideologische Verschleierung sowie durch die materielle Einbindung eines Teils der Lohnabhängigen, die am Konsum teilhaben können, nicht außer Kraft gesetzt. Er scheint nur für einige nicht mehr besonders wirksam zu sein. Aber er ist immer da und entfaltet sein besonders zerstörerisches Potenzial immer wieder, zum Beispiel in der Krise, wenn vermeintliche Sicherheiten verloren gehen und wenn für Viele die Bedrohung der sozialen Existenz in die Nähe des demnächst Möglichen rückt.

Die Interessengegensätze zwischen AusbeuterInnen und Ausgebeuteten werden sichtbar. Besonders in zugespitzten Situationen der Krise wird wieder deutlich, dass es ein Gegenüber, einen Klassengegner gibt. Die soziale Ungleichheit wird größer und sie wird sichtbarer. Die offensichtliche Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums empört. Weil aber die ökonomischen Grundlagen des Kapitalismus und seiner Krise weitgehend unverstanden bleiben, suchen viele Menschen sich Sündenböcke, die als »Ersatzfeinde« dienen und auch als solche von Staat und Kapital aufgebaut werden. Aktuell geschieht das in der BRD mit der wieder besonders gewalttätig aufflammenden Hetze gegen Flüchtlinge und MigrantInnen.

Weil der Antagonismus zwischen den Klassen nicht verschwunden ist, und weil die Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft notwendig die Ausbeutung, die Profitmaximierung mit ihrer gnadenlosen Konkurrenz ist, brechen immer wieder Kämpfe aus.

Allerdings haben diese Kämpfe in der Regel nicht die Form, die auf eine neue, grundlegend veränderte Gesellschaft ohne Ausbeutung und Naturzerstörung abzielt. Die soziale Revolution scheint ungewiss. Menschen kämpfen in erster Linie darum, eine verlorengegangene materielle Sicherheit wiederzuerlangen. Scheint dies innerhalb der bestehenden Verhältnisse möglich, streben sie die ihnen vertraute Situation einer wieder stärker moderierten bzw. moderateren Form der kapitalistischen Ausbeutung an. Die materielle Sicherheit kann es jedoch nie weltweit für alle Menschen im Kapitalismus geben.

Manchmal ist es auch die Existenzangst, die aktivierend wirkt, zum Beispiel wenn ein AKW gebaut wird. Aber das kapitalistische System wird damit in der Regel nicht in Frage gestellt. Das weltweite kapitalistische Wirtschaftssystem ist grundsätzlich nicht reformierbar.

Letztlich war das auch früher, in scheinbar klassenkämpferischen Zeiten, so, denn es handelte sich doch in erster Linie um einen Kampf der Verteilung. Nur waren diese Kämpfe

dichter dran am Prozess in der sich noch formierenden kapitalistischen Produktion. Die gewerkschaftliche Organisation zielte auf Lohnerhöhungen, die Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Die Hoffnung Mancher, damit der Überwindung des Kapitalismus näher zu kommen, hatte sich bald als Illusion erwiesen.

Solange der Klassenkampf nicht endgültig zugunsten der Lohnabhängigen entschieden ist, haben die KapitalistInnen mit der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, mit dem Staat und seinen Repressionsinstrumenten an ihrer Seite und den materiellen Mitteln zur Integration stets die größeren Machtmittel an der Hand, solange von den Lohnabhängigen nur verhandelt, aber nicht gekämpft wird für eine gesellschaftliche Gegenmacht.

Früher wie heute standen und stehen reformistische Ansätze im Weg, wenn es entschlossenen Menschen darum ging oder geht, über im Bestehenden verhaftete, partielle Verbesserungen hinauszukommen, eine grundsätzliche Kritik an den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen zu formulieren und für eine klassenlose Gesellschaft, also eine vom Kapitalismus befreite Gesellschaft zu kämpfen, die als Basis für wirkliche Freiheit die soziale Gleichheit hat.

Es gibt heute neue reformistische Fraktionen in der ideologischen Auseinandersetzung. Zu ihnen gehören der auf Negri und Hardt zurückgehende Ansatz der sogenannten Multitude. Dann der neuerliche Versuch auf sozialdemokratische Weise Verwirrung zu stiften in Gestalt der Auseinandersetzung um die sogenannten Commons, die zum Beispiel von der Heinrich-Böll-Stiftung vorangetrieben wird, aber auch von einigen Alternativbetrieben, und beginnt Teile der Linken zu durchdringen und sogar in die radikale Linke einzusickern.

Die Multitude ist ein Versuch zu erklären, wie und warum sich Menschen in unterschiedlichsten sozialen Bewegungen oder Kämpfen im Reproduktionsbereich zusammenfinden. Damit soll eine versteckte Gemeinsamkeit konstruiert werden.

Die Multitude basiert auf der Behauptung, der Willensakt einzelner Individuen führe in der Summe zur Gegenwehr. Dass es eine Scheidung der Klassen entlang der Frage des Besitzes von Produktionsmitteln gibt, spielt bei diesem Ansatz keine Rolle mehr.

Es gibt Überschneidungen zwischen dem aus der Lohnarbeit gedrängten oder sie verweigernden Subproletariat und der sogenannten Multitude. Beeindruckt davon, dass nach der ArbeiterInnenbewegung immer wieder auch die großen sozialen Bewegungen im Reproduktionsbereich zerfallen, ist die Multitude ein falscher irreführender Begriff für vereinzelt und unverbunden instinktiv oder scheinbar im Widerspruch zum kapitalistischen System stehende Menschen und kleine Gruppen.

Mensch könnte meinen, Negri/Hardt sind der Ansicht, die reine Subjektentwicklung führt zu Widerständigkeit. Aber die Autoren versinken in grundsätzlichen Teilen ihrer Ausführungen, weg von einer materialistischen Betrachtung des Menschen, in einer idealistisch bürgerlich mechanistischen Auffassung vom Menschen. Der Mensch wird zur reinen Singularität, das Subjekt ist kein soziales Wesen mehr.

Damit vereinseitigen sie das dialektische Verhältnis zwischen Kämpfen in der Produktion und denen in der Reproduktion, das für die Bewegung des Operaismus noch eine Rolle gespielt hatte. In einer Überschätzung des Subjekts glauben sie, es könne frei, scheinbar abgeschnitten von seiner sozialen Lage handeln.

Die Multitude soll die postmoderne Vielheit der Verschiedenen sein, die ein Gemeinsames haben. Einzelne Menschen sollen sich zu beliebigen Kämpfen zusammenfinden.

Anschließend sollen Teilbereichskämpfe sich selbst ohne Organisation willkürlich zu einem größeren, gemeinsamen Kampf zusammenwürfeln, gegen die sogenannte globale, also angeblich überall gleichförmige Herrschaft des Kapitals, gegen das sogenannte Empire.

Letztlich ist das Konzept der Multitude nichts anderes als die Wunschvorstellung, in einer großen, vielfältigen Bewegung den sozialdemokratischen kleinsten gemeinsamen Nenner zu haben, weltweit gegen besonders brutale Folgen des Kapitalismus zu sein, in der Armut zusammenzufinden für den weltweiten demokratischen Kampf. Reaktionärer Sozialrealismus im Mantel des Sozialutopismus.

Die Attraktivität des Commons-Ansatzes basiert auf dem Glauben, dass es reicht, die Idee der sogenannten Gemeingüter in die Köpfe hineinzusetzen oder die praktische Initiative zu ergreifen, in Teilbereichen gemeinschaftlich zu produzieren und darüber die sogenannten Keimzellen einer neuen Gesellschaft zu schaffen.

Die Commons, teilweise auch als Allmende bezeichnet, sollen Gemeingüter sein, die keinem oder keiner Einzelnen, sondern allen gemeinsam gehören. Sie dürfen von allen gleichermaßen, das heißt mit den gleichen Regeln genutzt werden. Die Regeln dienen dazu, eine sogenannte Übernutzung zu verhindern und bei der Produktion Qualitätsmaßstäbe einzuhalten. Pate bei dieser Idee stehen historisch in vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen gemeinsam genutzte Anbauflächen im Gemeineigentum und heute insbesondere die Herstellung und Nutzung von Open-Source-Software und -Wissen.

Mit der sogenannten Peer-to-Peer-Produktion soll die Idee der Commons im Produktionsalltag verankert werden. Dabei soll eine aus verschiedenen Tätigkeitsbereichen bestehende Produktionsgemeinschaft in erster Linie für sich, das heißt für den Austausch der Produkte untereinander produzieren. Sie kann aber auch mit einer anderen Produktionsgemeinschaft entsprechend bestimmter Regeln Produkte tauschen. Das soll ohne Geld funktionieren, aber die ProtagonistInnen dieser Vorstellungen kommen nicht umhin, die Notwendigkeit einer Gewichtung der in den Produkten steckenden Arbeitsleistung sowohl nach innen als auch nach außen als Maßstab des Tauschs einzuräumen. Womit vom Grundsatz her nichts anderes getan wird, als dies in der kapitalistischen Gesellschaft der Fall ist, in der der Wert der Waren durch Geld ausgedrückt wird, das nichts anderes ist als eine allgemeine standardisierte Vergleichsware.

Im Kleinen handelt es sich bei den Commons letztlich um das aussichtslose Konzept einer selbstorganisierten Schattenwirtschaft in friedlicher Koexistenz mit dem und im kapitalistischen Weltmarkt. Sobald diese Schattenwirtschaft eine relevante Größe erreichen würde, würde das Kapital sich mit Hilfe des Staates ihrer bemächtigen. Hebel dazu wären zum Beispiel Steuern und Produkthaftungsvorschriften. Solange der Kapitalismus nicht frontal angegriffen wird, kann es nicht gelingen, sich seinen Fängen zu entziehen.

Genossenschaftliche Produktion kann mal sinnvoll sein als Notwehrmaßnahme, darf aber nicht als systemveränderndes Element missverstanden werden. Siehe hier auch die Auseinandersetzung zwischen Lassalle und Marx.

Die Commons reichen vom subversiven Gemeinschaftsgarten auf städtischen Brachflächen, auf denen zur gemeinsamen Nutzung Obst und Gemüse angebaut wird, bis hin zu den Weltmeeren und die Erdatmosphäre.

Als Commons kann alles gesehen werden, was keinem oder keiner Einzelnen gehören soll und das allen gleichermaßen zugänglich sein soll. Das kann die Energieversorgung sein, das Wohnen, die Arbeitslosenversicherung, die Wälder, die Wissenschaft, Schulen und

Universitäten, Wasser, usw. Nur ausgerechnet die Produktionsmittel, mit denen die Lohnabhängigen Mehrwert für die KapitalistInnen schaffen müssen, gehören nicht dazu. Wohl im Namen der Freiheit, andere ausbeuten zu dürfen, wenn diese das zulassen (müssen), wird das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht in Frage gestellt. Bestimmte Güter sollen gemeinsam sein, andere, die vermeintlich weniger wichtig sind, dürfen weiterhin den Zweck erfüllen, als Privateigentum zur Ausbeutung der Lohnabhängigen zu dienen.

Auf eine weltweite Ressource wie die Erdatmosphäre bezogen wird die Irrationalität des Commons-Ansatzes besonders deutlich. Auf der einen Seite wird generell postuliert, dass die Gemeingüter nicht dem Staat gehören sollen. Auf der anderen Seite wird, weil systemimmanent gedacht, der kapitalistische Staat bei den überregionalen Commons als regelnde Instanz gebraucht. In der von der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebenen Publikation »Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen« wird der systemkritische Anschein der Commons entzaubert: »Um die Atmosphäre von einem Niemandsland zu einem Gemeinschaftsgut zu machen, sind die Nationen der Erde gezwungen, sich ein Stück weit als Weltgemeinschaft zu konstituieren. Weil Gemeingüter ›Kümmere‹ brauchen, die für deren gedeihliche Nutzung Sorge tragen, begründen sie neue Formen der Zusammenarbeit. [...] Gemeingüter halten den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft lebendig und liefern damit auch einen fundamentalen Beitrag zum Funktionieren von Markt und Staat.«

All das Schöne, Harmonische, Gemeinsame, angeblich Solidarische soll auf der tödlichen ausbeuterischen, alles verheerenden Grundlage eines Wirtschaftssystems bewerkstelligt werden, das die Welt in die teilt, die alles haben und die, die hungern, radioaktiv verstrahlt, unterdrückt, ausgebeutet, versklavt und zugrunde gerichtet werden, und Landschaften aus Leichenbergen schafft.

Für die Autoren Karl-Heinz Roth und Zissis Papadimitriou ist die Aneignung bzw. Vergesellschaftung oder Kommunalisierung der sogenannten Commons eine wesentliche Maßnahme in ihrem neureformistischen Konzept, das sie in ihrer Schrift »Die Katastrophe verhindern Manifest für ein egalitäres Europa« veröffentlicht haben. VertreterInnen des klassischen Reformismus wollten den Kapitalismus durch seine Verbesserung und Weiterentwicklung sich selbst abschaffen oder auflösen lassen. Roth und Papadimitriou hingegen erwecken den Eindruck, als könne es ein Aktionsprogramm vorher konkret festgelegter Schritte geben, denen – wohl aufgrund systematischer Zermürbung des Kapitals – die Überwindung des Kapitalismus ohne Revolution folgen kann. Die Vorstellungen reichen zunächst je nach Branche von der Zerlegung von Konzernen bis hin zu deren Enteignung durch Vergesellschaftung. Vermögen sollen bis zu dem Niveau enteignet werden, bei dem eine nach Ansicht der Autoren erträgliche Ausbeutung möglich ist, die sie bei einer Einkommensspreizung von 1:5 zwischen »kommandierter« und »kommandierender Arbeit« sehen. Danach sei es möglich, diese Kluft ganz zu überwinden. Das alles soll basis- bzw. rätedemokratisch entschieden werden – vom sogenannten neuen Multiversum der Unterlassen. Die Multitude lässt grüßen.

Dass es den Staat gibt, den ideellen Gesamtkapitalisten, dem das Kapital die faktische gesetzgeberische und exekutive Funktion überlässt, nehmen Roth und Papadimitriou gar nicht zur Kenntnis. Illusionistischer oder voluntaristischer können Vorstellungen eines gesellschaftlichen Wandels kaum sein. Hätten zivilgesellschaftliche Gruppen oder die von den Autoren vorgeschlagene »Assoziation Egalitäres Europa«, ein Netzwerk mit Internetvernetzung und regionalen und überregionalen Delegiertentreffen, eine solche Macht gegenüber dem Staat und dem Kapital, stellte sich die Frage, warum in diesem seltenen historischen Moment nicht im ersten Schritt die Macht ergriffen werden sollte und die Enteignung des Privateigentums an Produktionsmitteln und damit die klassenlose Gesellschaft durchgesetzt werden sollte? Stattdessen soll sich das reformistische

Multiversum der permanenten Gefahr aussetzen, dass für die Fortsetzung »systemüberwindender ›entscheidender Reformen« sein »Widerstand gegen den Klassenkampf von oben« auf Dauer nicht ausreicht, und das Konzept eines langsamen, qualvollen Todes des Kapitals bzw. des Kapitalismus gescheitert wäre.

Kämpfe im Reproduktionsbereich sind, wie wir gesehen haben, nicht automatisch gegen den Staat gerichtet. Dessen Rolle als Vertreter gesamtkapitalistischer Interessen wird oft nicht wahrgenommen. Viele in den sozialen Bewegungen richten Appelle an den Staat, in der Hoffnung, er könne helfen oder sich bessern. Dabei steht für die von den Zumutungen des kapitalistischen Ausbeutungssystems Betroffenen ihr unmittelbares Bedürfnis nach einer Verbesserung ihrer aktuellen, konkreten Lebenssituation im Mittelpunkt.

Es ist Aufgabe derjenigen, die die gesellschaftlichen Gesamtverhältnisse erkannt haben, deutlich zu machen, dass hinter allen vermeintlichen Missständen, auch hinter den scheinbaren Unzulänglichkeiten oder Unfähigkeiten von PolitikerInnen, die Interessen des Kapitals stehen und dass die Verhältnisse mit Hilfe des Staates in Richtung der Profitmaximierung vorangetrieben werden. Nur wo Menschen sich wehren, können die destruktiven Entwicklungen gemildert, aufgehalten oder teilweise und zeitweise einmal umgekehrt werden. Dauerhaft und ganz kann das nur die soziale Revolution bewirken.

So konnte in der BRD von der Anti-AKW-Bewegung immerhin ein Großteil des von den Herrschenden geplanten Atomprogramms verhindert werden. Wo es eine starke Anti-AKW-Bewegung gibt, kann die Destruktivkraft Atomtechnologie nicht reibungslos durchgesetzt werden.

Innerhalb der ökonomischen Matrix muss die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit deutlich gemacht werden. Der Staat in seiner Funktion als ideeller Gesamtkapitalist, in all seiner Widersprüchlichkeit als Kapitalinteressengesamtvertretung, sowie das Kapital müssen als Akteure der Ausbeutung und Unterdrückung sowie der Zerstörung der Natur kenntlich gemacht werden. Aufgabe ist es, die Trennungen aufzuheben, die das System innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen mit seiner Entwicklung produziert. Für die radikale Linke ist eine klassenanalytische Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung notwendig, die sie immer wieder in die real vorhandenen und neu aufbrechenden sozialen Kämpfe einbringen muss. Die Kämpfe, in denen das am ehesten gelingen kann, sind besonders lohnenswert.

Nur so kann eine Chance gewahrt werden, eine Tür zu öffnen zur gesellschaftlichen Veränderung, sofern auch die objektiven Verhältnisse Risse produzieren.

Mit einer materialistischen Klassenanalyse können die Interessen, die hinter den gesellschaftlichen Verhältnissen stecken, deutlich gemacht werden. Der Klassenkampf ruht nie, denn die Klasse der KapitalistInnen ist immer Klasse an sich und für sich und hört nicht auf, ihren Klassenkampf von oben je nach Situation mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu führen.

Die Einteilung der Gesellschaft in Klassen, Schichten und Milieus scheint sich zu widersprechen. Tatsächlich gibt es in der Klasse, die beherrscht und ausgebeutet wird, aufgrund einer gewissen sozialen Schichtung und entlang der zum Teil quer dazu liegenden Lebensstile und Wertvorstellungen, eine Zersplitterung. Deswegen eine linke Einheitsfront zu fordern, wäre im Interesse des Kampfes für eine klassenlose Gesellschaft verkehrt. Dies würde im Gegenteil die Verständigung auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner bedeuten und denen in die Hände spielen, die das Kapitalverhältnis nicht antasten wollen.

Der Zersplitterung des Bewusstseins der Lohnabhängigen muss in der Linken dadurch entgegengewirkt werden, dass die Hegemonie des Kapitals angegriffen und als menschenverachtendes, überholtes Durchgangsstadium der geschichtlichen Entwicklung entzaubert wird. Die Scheinfreiheit, mit der sich Menschen den verschiedenen Milieus zuordnen, ist offenzulegen. War früher in der ArbeiterInnensiedlung ein gleicher Umgang in vergleichbarem, einheitlichen Umfeld prägend für die Solidarität untereinander, wird heute im Zug der Individualisierung Freiheit nur verstanden als Persönlichkeitsstil des oder der Einzelnen in Abgrenzung zu anderen. Der individuelle Konsum und die damit verbundene kommerzielle Einbindung der Menschen ist nur ein Element des Beherrschtwerdens.

Menschen müssen durch eine theoretisch fundierte politische Praxis in die Lage versetzt werden, außerhalb des eigenen Milieus die ähnlich Betroffenen überhaupt wahrzunehmen. Freiheit, der dialektische Wert, über sich selbst bestimmen zu können und solidarisch mit anderen gestaltender Akteur oder gestaltende Akteurin der gesellschaftlichen Entwicklung zu sein, ist innerhalb des Kapitalismus nicht einlösbar.

Daher müssen Kämpfe in sozialen Bewegungen auf ihren emanzipatorischen Gehalt hin überprüft werden. Nur wo es Anknüpfungspunkte für antikapitalistische Überzeugungen gibt, lohnt sich ein Engagement über den Tag hinaus. Sich unkritisch über jede Form des gesellschaftlichen Protests zu freuen, stellt hingegen eine Kapitulation vor den Herausforderungen dar, die das Ziel der Überwindung des Kapitalismus an uns stellt.

Nach wie vor ist eine zähe, aber auch Freude machende theoretische, praktische und organisatorische Arbeit notwendig.

**Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 14./15. Dezember 2013 in Köln**